



**Geschäftsführung
Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben,
Schwule und Transgender**

Frau Bonnemann

Telefon: (0221) 221 29661

Fax: (0221) 221 29166

E-Mail: Susanne.Bonnemann@Stadt-Koeln.de

Datum: 06.09.2018

Niederschrift

über die **Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 05.06.2018, 17:00 Uhr bis 19:20 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau

Beigeordneter für Soziales, Integration und Umwelt

Stimmberechtigte Mitglieder

Kathrin Balke

Jugendzentrum anyway

Herr Björn Blank

SC Janus e.V.

Frau Dr. Beate Blatz

Rubicon e.V.

Herr Helge David Gilberg

LSVD Ortsverband Köln e.V.

Frau Sophie Sänger

TX Köln

Herr Michael Schuhmacher

Aidshilfe Köln e.V.

Herr Alf Bernd Spröde

Völklinger Krei e.V.

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Stephan Claasen

HomoKlüngel e.V.

Frau Leonora Friese

TX Köln

Frau Ina Wolf

KLuST e.V.

Beratende Mitglieder

Herr Lino Hammer

GRÜNE in Vertretung für Herrn Bürgermeister Andreas Wolter

Herr Jörg van Geffen

SPD in Vertretung für Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes

Frau Güldane Tokyürek

DIE LINKE

Herr Thomas Steffen

DIE LINKE

Frau Maria Katharina Westphal

auf Vorschlag der FDP

Schritfführerin

Frau Susanne Bonnemann Dienststelle Diversity - Fachstelle für Lesben, Schwule und Transgender (5001/3)

Verwaltung

Herr Franco Prandi Amt für Personal, Organisation und Innovation (111-2)

Frau Nina Rehberg Verwaltung - Dienststelle Diversity (5001)

Frau Stephanie Riedel Verwaltung - Dienststelle Diversity (5001)

Frau Inge Steinbach Amt für Kinder, Jugend und Familie (512-5-1)

Frau Martina Werner Dienststelle Diversity - Fachstelle für Lesben, Schwule und Transgender (5001/3)

Gäste

Andreas Eckart Polizeipäsidium Köln

Frau Fabienne Stordiau Agentur Allround Team

Herr Dr. Olaf Wenzel Wenzel Marktforschung

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jens Pielhau KLuST e.V.

Herr Jochen Saurenbach Rheinfetisch e.V.

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dirk Bachhausen St. Sebastianus und Afra Schützembrüderschaft v 2012 e.V

Herr Stephan Borggreve SC Janus e.V.

Frau Carolina Brauckmann Rubicon e.V.

Herr Thilo Fußßen Aidshilfe Köln e.V.

Herr Harald Hennicken Rheinfetisch e.V.

Beratende Mitglieder

Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes SPD

Herr Niklas Kienitz CDU

Herr Christoph Klausung CDU

Herr Bürgermeister Andreas Wolter GRÜNE

Herr Ulrich Breite FDP

Verwaltung

Frau Monika Blättermann Dezernat III

Dr. Anne Bunte	Gesundheitsamt (53)
Herr Stephan Jacobs	E-Government und Online-Dienste (1300-2)
Herr Jürgen Kube	Amt für Wohnungswesen (56)
Herr Christian Rahmfeld	Diversity - Fachstelle für Lesben, Schwule und Transgender (5001/3)
Frau Barbara Steinraths	Amt für Soziales und Senioren (501)
Herr Klaus-Peter Völlmecke	Amt für Kinder, Jugend und Familie (511)
Herr Frieder Wolf	Büro der Oberbürgermeisterin (OB/5)

Beigeordneter Herr Dr. Rau eröffnet die 17. Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft LST und begrüßt alle Anwesenden.

Als Gäste mit Rederecht begrüßt er Herrn Andreas Eckart (Polizei Köln),

Frau Fabienne Stordiau (Agentur Allround Team) und Herr Dr. Olaf Wenzel (Wenzel Marktforschung)

Herr Dr. Rau weist darauf hin, dass die Niederschrift vom 22.03.2018 versandt wurde.

Dr. Rau schlägt vor, dass die Tagesordnung wie folgt ergänzt werden soll.

Beschluss:

Die vorliegende Tagesordnung wird mit folgenden Ergänzungen durch die StadtAG LST beschlossen.

A Verpflichtung neuer Mitglieder

1.1.1 Beantwortung: Handlungsleitfaden zum Umgang mit sexistischer und sexualisierter Werbung in Köln

1752/2018

- *zugesetzt* -

1.3 Aufwandsentschädigung, Sitzungsgeld und Unterstützung von Gremienmitgliedern

1724/2018

- *zugesetzt* -

1.4 Aufwände der Stadt Köln zugunsten des Kölner Karnevals und des Kölner CSD

hier: mündliche Anfrage von Herrn Spröde vom 22.03.2018

- *zugesetzt* -

1.5 Termin mit den Fraktionen zur Beteiligung an der HH Planung 2019

hier: mündliche Anfrage von Herrn Spröde vom 22.03.2018

- *zugesetzt* -

2.2 Trans* im Krankenhaus

hier: mündlicher Sachstandsbericht

- *zugesetzt* -

Tischvorlage zu Top 4.2

Städtepartnerschaftlicher Austausch zum CSD 2018
hier: mündlicher Sachstandsbericht

Zwei schriftliche Anträge von Mitgliedern der StadtAG sind zugesetzt worden

8.1 Tausch der Funktionen des Vertreters und Stellvertreters im Jugendhilfeausschuss *-zugesetzt-*
Antrag von Frau Balke

8.2 Durchführung einer Kampagne zur Erhöhung der Anzeigenbereitschaft LST
- zugesetzt –
Antrag von Herrn Schuhmacher

Vorschlag zur Änderung der Reihenfolge

TOP 6.2 (Arbeitsgruppe Polizei – bisher unter Mitteilungen) sollte zusammen mit dem Antrag aus TOP 8.2 behandelt werden

Herr Dr. Rau lässt über die so geänderte Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung neuer Mitglieder - zugesetzt-

1 Beantwortungen von Anfragen und Fragen zu Mitteilungen aus früheren Sitzungen

1.1 Handlungsleitfaden zum Umgang mit sexistischer und sexualisierter Werbung in Köln (Mitteilung 0198-2018)

1.1.1 Beantwortung: Handlungsleitfaden zum Umgang mit sexistischer und sexualisierter Werbung in Köln
1752/2018

1.2 Via Culturalis - Beteiligung des Frauengeschichtsvereins und des Centrum für schwule Geschichte
hier: mündliche Anfrage von Frau Dr. Blatz vom 22.03.2018

1.3 Aufwandsentschädigung, Sitzungsgeld und Unterstützung von Gremienmitgliedern
1724/2018

1.4 Aufwände der Stadt Köln zugunsten des Kölner Karnevals und des Kölner CSD
hier: mündliche Anfrage von Herrn Spröde vom 22.03.2018

1.5 Termin mit den Fraktionen zur Beteiligung an der HH Planung 2019
hier: mündliche Anfrage von Herrn Spröde vom 22.03.2018

2 Trans*

2.1 Schwimmzeiten für Trans*
hier: mündlicher Sachstandsbericht

2.2 Trans* im Krankenhaus
hier: mündlicher Sachstandsbericht

3 LSBTI Geflüchtete

3.1 Unterbringung von LSBTI Geflüchteten

4 Sichtbarkeit von Lesben in Köln

4.1 Lesbenfrühlingstreffen 2019 in Köln
hier: mündlicher Sachstandsbericht

4.2 Städtepartnerschaftlicher Austausch zum CSD 2018
hier: mündlicher Sachstandsbericht

5 Diversity

5.1 Die Verwaltungsreform im Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt
1427/2018

5.2 Kampagne für Vielfalt und Wertschätzung, gegen Intoleranz, Diskriminierung
und Ausgrenzung im Rahmen von Diversity - vertagt vom 22.03.2018 -
0149/2018

5.3 Veröffentlichung der Broschüre 2020: Köln liebt Vielfalt Diversity Konzept
- vertagt vom 22.03.2018 -
0841/2018

6 Sachstandsberichte und Mitteilungen

6.1 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht
Controlling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen
0224/2018

- 6.2 Arbeitsgruppe "Polizei" - vertagt vom 22.03.2018
- 6.3 Integrationsbudget 2018 - vertagt vom 22.03.2018 -
hier: mündlicher Sachstandsbericht
- 6.4 Aktionsplan LSBTI - vertagt vom 22.03.2018 -
hier: mündlicher Sachstandsbericht
- 6.5 Städtische Förderung des Homochrom Filmfestivals
hier: mündlicher Sachstandsbericht
- 7 Berichte aus Ausschüssen**
- 8 Anträge/Beschlüsse/Beschlussempfehlungen**
- 8.1 Tausch der Funktionen des Vertreters und Stellvertreters im Jugendhilfeaus-
schuss
- 8.2 Durchführung einer Kampagne zur Erhöhung der Anzeigenbereitschaft LST
- 9 Neue Anfragen**
- 10 Öffentlichkeitsarbeit**
- 10.1 Rainbow Cities Ausstellung 2018: Thema Transgender
- 11 Themen der nächsten Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und
Transgender**
- 12 Verschiedenes**

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung neuer Mitglieder - zugesetzt-

Beigeordneter Herr Dr. Rau begrüßt Herrn Thomas Steffen und verpflichtet ihn als neues stellvertretendes beratendes Mitglied der StadtAG LST. Er nehme von nun für die Fraktion Die Linke an den Sitzungen der StadtAG LST teil.

Es erfolgt die Verpflichtung zur Verschwiegenheit.

Beigeordneter Herr Dr. Rau bedankt sich für das ehrenamtliche Engagement.

1 Beantwortungen von Anfragen und Fragen zu Mitteilungen aus früheren Sitzungen

1.1 Handlungsleitfaden zum Umgang mit sexistischer und sexualisierter Werbung in Köln (Mitteilung 0198-2018)

1.1.1 Beantwortung: Handlungsleitfaden zum Umgang mit sexistischer und sexualisierter Werbung in Köln 1752/2018

Bereits in der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft LST vom 22.03.2018 baten die Mitglieder um Teilnahme der Verwaltung aus dem Bereich I/1.

Die StadtAG LST beschließt den Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

1.2 Via Culturalis - Beteiligung des Frauengeschichtsvereins und des Centrum für schwule Geschichte hier: mündliche Anfrage von Frau Dr. Blatz vom 22.03.2018

Beigeordneter Herr Dr. Rau informiert und beantwortet die Anfrage von Frau Dr. Blatz wie folgt:

Das Stadtplanungsamt habe mitgeteilt, dass für den Audio-Guide Via Culturalis und die damit verbundenen Sprechbeiträge die beauftragten Agenturen zebra/og/ump bereits in Kontakt mit dem „Kölner Frauengeschichtsverein“ und dem „Centrum für schwule Geschichte“ (CSG) sei. Bei einer Netzwerkveranstaltung im Januar, bei der auch Gastro-Betriebe beteiligt waren, sei auch ein Vertreter von Homoklüngel e.V., konkret Herr Wittmann vom Lokal „Baustelle 4 U“ anwesend gewesen. Es gäbe allerdings keine feste Arbeitsgruppe. Sofern im letzten Förderjahr noch Netzwerkveranstaltungen durchgeführt werden sollten, würden alle drei Vereine selbstverständlich im Verteiler berücksichtigt.

Die mündliche Beantwortung der Frage wird von der StadtAG zur Kenntnis genommen.

1.3 Aufwandsentschädigung, Sitzungsgeld und Unterstützung von Gremienmitgliedern 1724/2018

Herr Spröde erklärt, die Beantwortung sei nicht wirklich eine Beantwortung und die Stadtarbeitsgemeinschaft LST würde dem Statement der Arbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik folgen wollen. Er bitte um konkrete Auskunft der Person, die diese Stellungnahme verfasst habe und bittet diese ggfs. zur kommenden Sitzung der StadtAG LST einzuladen. Des Weiteren gehe es bei dem Thema um ein Thema der Politik und nicht der Verwaltung. Die Politik habe hier die Aussage getroffen den Antrag der Stadtarbeitsgemeinschaften und die Gleichstellung der Gremien zu unterstützen. Die Verwaltung solle sich an die Vorgaben der Politik halten. Die StadtAG LST erwarte, dass die Vorlage weiter behandelt werde und erneut auf die Tagesordnung in den entsprechenden Ausschüssen und dem Rat gesetzt werde.

Herr Blank schließt sich den Ausführungen von Herrn Spröde an. Er gebe zu bedenken, dass die Begründungen falsch seien, da auch ein sachkundiger Bürger nicht demokratisch legitimiert bzw. gewählt sei, sondern von den Parteien bestimmt werde. Die Aufwandsentschädigung der sachkundigen Einwohner sei unstrittig. Es sei auch ein Fehler nach weiteren Gruppen zu suchen und hierdurch die Kosten der Gremien in die Höhe zu treiben. Selbstverständlich werde dies Geld kosten, jedoch solle bei den einzelnen Gruppen nochmals eine Abstufung erfolgen. Nicht jede Initiative sei auch ein Gremium der Stadt Köln.

Beigeordneter Herr Dr. Rau nimmt die kritischen Anmerkungen gerne auf. Das vorgeschlagene Vorgehen, dass die Politik sich erneut mit der Mitteilung beschäftigten solle, sei richtig. Die Oberbürgermeisterin habe mehrfach darauf verwiesen, sich zukünftig verstärkt um die Belange der StadtAG zu kümmern. Er denke, dass mit der Anbindung der Stadt AG dieses Thema weiterhin in Rede stehen werde.

Herr Spröde bittet um Erklärung, was gegen eine erneute Antragsstellung durch die StadtAG LST sprechen würde. Es habe ein klares Votum der Politik über alle Fraktionen hinweg gegeben. Vielleicht sei ein solches Votum vom Rat für die Verwaltung bindend.

Beigeordneter Herr Dr. Rau erläutert, dass die StadtAG LST nicht antragsberechtigt im Rat sei. Jedoch könnte die StadtAG LST den Sozialausschuss oder die anwesende Politik ermutigen einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Herr Spröde bittet die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Politik zu handeln.

1.4 Aufwände der Stadt Köln zugunsten des Kölner Karnevals und des Kölner CSD hier: mündliche Anfrage von Herrn Spröde vom 22.03.2018

Beigeordneter Herr Dr. Rau informiert die StadtAG, dass zu der Anfrage noch keine Beantwortung der Verwaltung vorliege. Zu dieser Thematik habe es 2014 eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE im AVR gegeben; die Beantwortung (Session Vorlage 3959/2014) im AVR am 04.05.2015 sei als Anlage zu diesem TOP einzusehen. Die Abfrage von 2015 sei zur Beantwortung der neuen Anfrage nicht aktuell genug, außerdem seien keine Aussagen zum CSD enthalten. Die damalige Beantwortung der Anfrage habe mehr als ein Jahr gedauert (Anfrage in der Sitzung AVR vom 03.02.2014, Beantwortung im AVR am 04.05.2015). Daher müsse man eine neue stadtweite Abfrage starten, da die Aufwendungen ähnlich wie beim Karneval über viele Dienststellenverteilt seien. (32, 66 wegen AWB, Soziales oder Diversity wegen Un-

terstützung der Vereine usw.). Bis zum 05. Juni sei eine Beantwortung nicht realisierbar gewesen.

1.5 Termin mit den Fraktionen zur Beteiligung an der HH Planung 2019 hier: mündliche Anfrage von Herrn Spröde vom 22.03.2018

Frau Rehberg informiert die Mitglieder der StadtAG LST, dass die Mitglieder der StadtAG LST Termine mit der Politik zum politischen Veränderungsnachweis direkt mit den Ratsfraktionen vereinbaren müssen. An einem geplanten Termin von Herrn Dr. Rau mit Vertreter*innen der StadtAG Behindertenpolitik und den sozialpolitischen Sprecher*innen, zum allgemeinen Thema – Stellung der Gremien - sollen auch Vertreter*innen der StadtAG LST beteiligt werden. Sie berichtet, es seien zwei unterschiedliche Punkte thematisiert wurden. Dies sei im Nachgang nochmal sehr deutlich geworden. Zum einen hatte es die Anfrage gegeben, zu den Haushaltsplangesprächen mit der Politik zu sprechen. Diese Gespräche müssen tatsächlich bilateral zwischen StadtAG und Politik erfolgen. Hierzu könne 5001 nicht einladen. Das andere sei ein mögliches gemeinsames Gespräch zur Thematik der Stadtarbeitsgemeinschaften mit den sozialpolitischen Sprechern, mit der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und der Stadtarbeitsgemeinschaft LST zu dem Herr Dr. Rau einladen werde. Hier könnten Themen aufgenommen werden wie z.B. die Geschäftsführung, die Aufwertung der Geschäftsführung und auch weitere Unterstützung wie auch generell das Thema ehrenamtliches Engagement. Dieses Gespräch habe ein anderes Format als das Anliegen der StadtAG in den Austausch mit der Politik über den Haushaltsplan zukommen.

Herr Gilberg bittet die anwesenden Politiker dies in die Fraktionen zu tragen und bat um ein Gespräch bezüglich des Haushalts 2019. Insbesondere bat er die haushaltsplanmäßigen Auswirkungen bezüglich Diversity und LST zu thematisieren. Konkret welche Projekte würden finanziert, welche nicht. Welche Zuschüsse fließen zu welchen Organisationen bzw. wer würde tatsächlich finanzielle Unterstützung erhalten. Es reiche nicht aus, sich Diversity auf die Fahne zu schreiben und die Projekte nicht zu finanzieren bzw. zu unterstützen

2 Trans*

2.1 Schwimmzeiten für Trans* hier: mündlicher Sachstandsbericht

Frau Bonnemann informiert, dass die Federführung für die Koordination von weiteren Gesprächen zwischen Trans*-Vertreter*innen, der Köln Bäder GmbH, dem Sportamt und dem SC Janus federführend von der städtisch finanzierten Trans* Beratungsstelle – in Person Frau Merit Kummer - im Rubicon e.V. übernommen werde. Die Fachstelle LST stehe selbstverständlich weiterhin beratend zur Verfügung und werde auch an weiteren Gesprächsterminen teilnehmen.

Herr Blank gibt zu Protokoll, dass es schade sei, dass dies so lange gedauert habe. Er sei weiterhin gerne bereit unterstützend zu helfen.

2.2 Trans* im Krankenhaus hier: mündlicher Sachstandsbericht

Frau Sänger berichtet, dass nun nach vier Jahren der erste Meilenstein erreicht sei. Ziel sei es gewesen, ein Bewusstsein zu schaffen, im Umgang mit Trans*Personen in den Krankenhäusern. Dies wurde für Köln erreicht. Pflegepersonal aber auch Ärzte

seien oft unsicher im Umgang mit Trans*Personen. In der letzten Sitzung der StadtAG wurde über das Fachgespräch im Februar 2018 berichtet. Seitdem habe sie die Möglichkeit gehabt, mit der Pflegedirektorin der Universitätsklinik zu sprechen, die ihrerseits weitere Teilnehmer*innen eingeladen habe. Sie konnte mit der Selbsthilfekordinatorin sprechen, die für einen Teil der Ausbildung von Pflegekräften verantwortlich sei. Dies sei ein wesentlicher Schritt, wenn es gelänge das Thema in die Ausbildung einzugliedern. Ein weiteres Gespräch werde sie mit Herr Prof. Schonau in der Kinderklinik und der Universitätsklinik führen. Beispielweise werde sie eine Präsentation vor 50 - 60 Pflegekräften in der Klinik Merheim halten. Mit ihrer Darstellung wolle sie verdeutlichen, dass der erste Schritt erreicht sei. Sie möchte allen Beteiligten noch mal danken. Dies gäbe es so nur in Köln. Ein weiterer Schritt wäre, das Thema Trans*Personen in die Ausbildung mit einfließen zu lassen. Hier seien allerdings ihre Möglichkeiten als Ehrenamtlerin begrenzt. Dafür bräuchte es, ein Budget zur Finanzierung der Ausbildungsinhalte. Sei es von den Krankenkassen oder anderen Stellen. Bei Interesse werde sie gerne weiter berichten.

Beigeordneter Herr Dr. Rau bedankt sich für die Informationen und fragt, ob es bereits einen konkreten Vorstoß gäbe, das Thema in der Ausbildung zu platzieren. Ziel müsse es sein, dass Thema in die Ausbildungsordnung aufzunehmen und auch bei den Ärzten zu platzieren. Er bot an, dass Thema auf Bundesebene zu platzieren und ein entsprechendes Schreiben an die richtigen Adressaten zu senden. Er fragte, ob jemand aus der StadtAG bereit sei, hier einen entsprechenden Entwurf zu formulieren.

Frau Sänger und Frau Dr. Blatz erklären sich bereit einen entsprechendes Entwurfschreiben zu fertigen.

Beigeordneter Herr Dr. Rau bedankt sich für das Engagement. Er werde sich um die entsprechenden Adressaten kümmern und das Thema mit vorantreiben.

3 LSBTI Geflüchtete

3.1 Unterbringung von LSBTI Geflüchteten

Frau Adams berichtet, dass es zum Thema LSBTI Geflüchteten, die nicht mehr in der Wohnungsvermittlung des Wohnungsamtes stünden, sondern durch das Sozialamt betreut würden, bereits verwaltungsinterne Gespräche gab. Es lägen zurzeit noch keine abschließenden Ergebnisse vor. Man sei auf einem guten Weg, sie gehe davon aus, dass nach der Sommerpause weitere Gespräche unter Beteiligung der StadtAG LST erfolgen würden bzw. sie konkreter berichten könne.

Frau Wolf bedankt sich für die Antwort. Sie habe nach der letzten Sitzung eine Anfrage gestartet und in der Vorbesprechung letzte Woche die ersten Zahlen übermitteln können. Sie habe die Telefonnummer eines Sachbearbeiters des Amtes für Wohnungswesen erhalten. Dies sei sehr hilfreich. Sie würde gerne mit dem Wohnungsamt im Austausch und Kontakt bleiben.

Frau Adams bedankt sich für den Wortbeitrag. Sie bittet Frau Wolf jederzeit aktuelle Zahlen durchzugeben. Diese könnten mit dem Hinweis versehen werden, dass sie sich ständig ändern. Auch im Wohnungsamt handele es sich bei dem Zahlenmaterial immer um die aktuellen Tageszahlen. Veränderungen seien das tägliche Geschäft. Jedoch habe man bei den ersten Zahlen immer schon mal einen Richtwert.

Herr Schuhmacher erläutert, dass er davon ausgehe, dass in vielen Fällen ein rechtlicher Anspruch auf Wohnraum bestehe. Wenn Obdachlosigkeit da sei und der Status ausreichend sei, könne man das nicht mit mangelnden Ressourcen begründen. Entweder werde ein Anspruch festgestellt oder nicht. Das hieße, man müsse einen Ein-

zelfallantrag stellen und im Zweifel klagen. Die Frage sei, wenn es Fälle gäbe, wo ein Anspruch bestehe –aufgrund von Obdachlosigkeit- und keine Regelung getroffen sei, ob man nicht schneller eine Lösung finden könne, unabhängig davon, dass es schwer sei Wohnraum zu finden.

Frau Adams erklärt, dass der Personenkreis, der den Status „anerkannter Asylbewerber“ habe nicht mehr unter die Kategorie „Unterbringung“ durch das Amt für Wohnungswesen falle. Das bedeute, dass die Menschen, die mit einem anerkannten Asylstatus nach Köln kommen und keine Wohnung haben, sich bei der Fachstelle Wohnen melden müssten und dort mit dem Merkmal Obdachlosigkeit registriert würden. Aber bei der Problematik ging es darum, wo diese Menschen untergebracht werden könnten. Es gehe nicht um die kurzfristige Unterbringung in einem Durchgangshotel oder einer ähnlichen Einrichtung. Sondern es gehe um die dauerhafte Versorgung mit Wohnraum. Diese Ressourcen stünden derzeit nicht ausreichend zur Verfügung. Das Amt für Wohnungswesen habe derzeit zwei Wohnprojekte, die konkret für die Personengruppe Geflüchtete mit LSBTI Hintergrund seien. Im Moment habe sie keine weiteren Ressourcen. Im Wohnprojekt Vogelsang könne man wahrscheinlich noch zwei weitere Wohnungen anmieten. Diese sollten aber als Reserven für die Menschen zu Verfügung stehen, die sich suggestiv outen, aber bereits im System seien. Das Thema sei allen bekannt, aber man könne es derzeit nicht im Großen lösen. Man versuche derzeit es im Kleinen und individuell zu lösen.

Frau Wolf erkundigt sich, ob es verschiedene Notunterkünfte für verschiedene Personengruppen, insbesondere LSBTI, gäbe.

Frau Adams erläutert, dass es verschiedene Unterkünfte gäbe. Zum Beispiel gäbe es Frauenhäuser und Unterkünfte getrennt nach Geschlecht, aber speziell für die Gruppe LSBTI gäbe es dies nicht. Hier spräche sie aber für die Sozialverwaltung, welche nicht ihr Thema sei.

Beigeordneter Herr Dr. Rau kann die Angaben von Frau Adams bestätigen. Er selber kenne Unterkünfte, die nach Geschlecht (Mann/Frau) getrennt seien. Dies müsse man bedenken und daraus vielleicht auch nochmal einen Auftrag für mögliche weitere Bedarfe von anderen Personengruppen und Entwicklungen erkennen.

4 Sichtbarkeit von Lesben in Köln

4.1 Lesbenfrühlingstreffen 2019 in Köln hier: mündlicher Sachstandsbericht

Beigeordneter Herr Dr. Rau berichtet zum aktuellen Sachstand zur Anmietung von Räumlichkeiten für die Veranstaltung. Im März habe es ein Treffen mit den Organisatorinnen des Lesbenfrühlingstreffen e.V. gegeben, an dem von Seiten der Stadtverwaltung die zuständigen Kolleginnen und Kollegen vom Schulamt, der Gebäudewirtschaft, der Fachstelle LST und vom Bürgeramt Mülheim teilgenommen haben. Anschließend habe es einen Ortstermin an der Gesamtschule Holweide gegeben, der positiv verlaufen sei. Die Organisatorinnen des Lesbenfrühlingstreffen e.V. kümmerten sich derzeit um die Genehmigung von 63 (Bauaufsichtsamt) zur Nutzung der Schule für außerschulische Veranstaltungen. Frau Hohenforst vom Bürgeramt Mülheim habe zur Vorlage bei 63 bereits eine Absichtserklärung versandt. Erst nach Genehmigung der Nutzungsänderungsanträge könne eine Nutzungsvereinbarung, also ein „Mietvertrag“ gefertigt und unterzeichnet werden.

4.2 Städtepartnerschaftlicher Austausch zum CSD 2018

hier: mündlicher Sachstandsbericht

Frau Bonnemann weist darauf hin, dass als Tischvorlage drei Seiten aus dem Cologne Pride Programm ausliegen, auf denen über das städtische Austauschprogramm mit den Partnerstädten berichtet wird bzw. auf denen die entsprechenden Veranstaltungen zum Austausch angekündigt werden. Zusätzlich sei an alle Mitglieder der StadtAG bereits per Email ein „Save-the-Date“ versandt worden, das auf die öffentliche Veranstaltung, die im Rahmen dieses Austauschprogramms "Sister Cities stand together" am 05.07.2018 stattfinden werde, hinweise. Der Schwerpunkt des Austauschs läge dieses Jahr wieder auf der Sichtbarkeit von lesbischen Aktivistinnen. Besonders erfreulich sei die Zusage von zwei Aktivistinnen aus Kölns Partnerstadt Rio de Janeiro. Eine der Frauen sei eine Weggefährtin der ermordeten Stadträtin Marielle Franco, die im März in Rio durch einen Anschlag ums Leben gekommen sei. Die Aktivistin sei hauptberuflich Sängerin. Wenn alles wie geplant klappen sollte, werde sie am Sonntag nach der CSD Parade auf der Politurbühne am Alter Markt auftreten können. Weiter Zusagen seien inzwischen auch von zwei Aktivistinnen aus Tunis und einer lesbischen Aktivistin und einem schwulen Aktivist aus Kattowitz eingetroffen. Schriftliche Zusagen aus Cluj in Rumänien und Istanbul stünden noch aus. Um den städtepartnerschaftlichen Austausch insgesamt noch nachhaltiger zu gestalten, solle am Freitagvormittag ein Workshop stattfinden, bei dem die Möglichkeit der Entwicklung eines neuen Austauschprojektes mit queeren Jugendlichen aus den Partnerstädten erörtert werden solle. Zusammen mit einer externen Referentin, die von der Stadt Köln finanziert werde, und mit Mitarbeitenden des Kölner queeren Jugendzentrums „anyway“ könnten die Gäste in dem Workshop dann Ideen für ein zukünftiges Austauschprojekt erarbeiten und sich informieren, wie für ein solches Projekt die notwendigen EU-Mittel beantragen werden könnten. Im Idealfall könne hier ein Austauschprojekt zwischen lesbischen, schwulen, bi- und transsexuellen Jugendlichen aus Köln und einer oder mehreren Partnerstädten entstehen, das über Jahre fortgeführt werden könne. Das Jugendzentrum „anyway“ habe seine Beteiligung bei der Entwicklung und Umsetzung dieser Idee zugesagt.

Frau Bonnemann berichtet außerdem, dass Frau Oberbürgermeisterin Reker aus der rumänischen Partnerstadt Cluj zum dortigen Pride-Marsch, der am 23.07.2018 stattfinde, eine Einladung erhalten habe. Die Einladung sei von einer Organisatorin des dortigen Pride-Marsches ausgesprochen worden, nicht von der Stadt selbst. Da es der Oberbürgermeisterin aus terminlichen Gründen nicht möglich sein werde, an der Veranstaltung teilzunehmen, habe sie Herrn Bürgermeister Wolter gebeten, ihn zu vertreten und die Einladung wahrnehmen. Geplant sei, dass sich BM Andreas Wolter bei seinem Besuch in Cluj auch mit dem dortigen Bürgermeister und anderen Mitgliedern der Stadtverwaltung treffe, um sich vor Ort für die Wahrung der Menschenrechte von LSBTI in Rumänien einzusetzen. Unabhängig davon seien auch Kölner Aktivistinnen und Aktivisten eingeladen, privat und in Eigeninitiative an der Pride-Demo in Cluj teilzunehmen.

5 Diversity

5.1 Die Verwaltungsreform im Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt 1427/2018

Beigeordneter Herr Dr. Rau erläutert die Vorlage und betont, dass die Verwaltungsreform nicht die Summe einzelner Verwaltungsprojekte sei, sondern ein großer Veränderungsprozess, der durch einzelne Projekte verstärkt werde. Die Verwaltungsreform

sei etwas Grundlegendes, bei der über Projekte versucht werde, Abläufe und Strukturen zu verbessern und damit letztendlich die gesamte Verwaltungsstruktur. Die Veränderung einer Kultur lasse sich schwer in einem Papier darstellen. Die Reform stehe noch am Anfang, so dass bisher nur kleine Veränderungen wahrnehmbar seien. Ein Anliegen sei es, eine Kulturveränderung herbei zu führen. Für das Dezernat werde deshalb beispielsweise geplant, dass alle 200 Führungskräfte über alle Hierarchien zwei Mal zu 1,5 tägigen Führungsworkshop eingeladen werden würden. Es sei geplant, einen Austausch über das eigenen Führungsverhalten zu organisieren. Die Ziele der Verwaltungsreform würden definiert, es werde besprochen, wie die Ämter und Teams geführt werden sollten. Es gehe dabei um grundlegende Veränderungen, die auf fünf Jahre angelegt seien und auch Zeit bräuchten. Die zehn Projekte des Dezernats V, die jetzt hier genannt werden, seien ein kleiner Ausschnitt aus dem, was die Gesamtverwaltungsreform darstellen solle. Überall dort, wo beispielsweise E-Akten eingeführt würden, brauche man nicht mehr mit Papierakten über die Gänge laufen, sondern könne Vorgänge dann über die E-Akte parallel und schneller bearbeiten. Das Projekt „Flüchtlingsunterbringung“ sei als Pilotprojekt zu verstehen, weil dort über die Dezernate hinweg eine möglichst schnelle und effektive Bearbeitung erforderlich sei.

Die StadtAG LST nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

5.2 Kampagne für Vielfalt und Wertschätzung, gegen Intoleranz, Diskriminierung und Ausgrenzung im Rahmen von Diversity - vertagt vom 22.03.2018 - 0149/2018

Beigeordneter Herr Dr. Rau fragt, ob es zu der Mitteilung Nachfragen oder Anmerkungen gibt.

Es liegen keine Rückfragen vor.

Die StadtAG LST nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

5.3 Veröffentlichung der Broschüre 2020: Köln liebt Vielfalt Diversity Konzept - vertagt vom 22.03.2018 - 0841/2018

Herr Spröde merkt an, dass es Vielfalt nicht kostenneutral gebe. Wenn die StadtAG in die Haushaltsplanungen einsteigen werde, werde man mit Sicherheit auch auf das Diversity Konzept eingehen. Dort stünden bereits Maßnahmen drin, die nicht kostenneutral sondern investiv seien. Die Stadt Köln schreibe sich ganz häufig das Motto „Wir sind bunt, wir sind vielfältig“ auf die Fahne, aber dies müsse auch finanzielle hinterlegt und gelebt sein.

Beigeordneter Herr Dr. Rau sieht die Anmerkung als gerechtfertigt. Jedoch weist er daraufhin, dass die Haushaltsvorbereitungen vorsähen, dass jedes neue Projekt – also jede Mehrausgabe – durch eine „Weniger-Ausgabe“ im eigenen Dezernat finanziert werden müsse. Ein neues Projekt bedeute also ein anderes Projekt zu beschneiden. Die Verwaltung erarbeite einen Vorschlag, die Politik korrigiere gegebenenfalls. Richtig sei, dass priorisiert werden müsse. Es sei seine tiefe Überzeugung, dass die Anerkennung von Verschiedenartigkeit und von Verschiedenheit kein sozialer Akt oder ein Akt der Toleranz sei, sondern ein Zeichen einer reiferen Gesellschaft. Wenn Vielfalt als wertvoll erachtet werde, könnten am Ende alle profitieren; allerdings nur, wenn Verschiedenheit nicht als beängstigend und einschränkend oder als Bedrohung

wahrgenommen werde. Vielfalt sei eine Bereicherung unserer Gesellschaft. Dafür müsse eingetreten werden und dies passiere nicht von alleine. Hier seien Maßnahmen erforderlich. Es brauche Flyer, Workshops, Veranstaltungen, Fachlichkeit und Menschen, die dafür eintreten. Insofern unterstütze er die Ansicht, dass für das Thema gestritten werden müsse, dass nicht nur geredet sondern auch gehandelt werden müsse.

Herr Schuhmacher bedankt sich für das klare Bekenntnis. Gerade die Gruppen der stimmberechtigten Mitglieder der StadtAGs, die Teil dieser Vielfalt seien, würden merken, dass sie an ihre Grenzen kommen; neben den eigentlichen Aufgaben, die viele hätten und neben dem, was sonst noch zu bewerkstelligen ist. Die Grenzen der Leistungsfähigkeit seien langsam erreicht. Entweder werde das Tempo langsamer oder man müsse mehr Ressourcen schaffen. Alleine der gute Wille reiche da nicht.

Herr Spröde bedankt sich ebenfalls für das Statement von Dr. Rau. Es klinge ja fast so, als würde bei den Haushaltsplanungen das Eine gegen das Andere ausgespielt. Das wäre fatal für eine Stadt, die sich mit vielen Dingen schmücke. Schauen man in die Wirtschaft, könne man sehen, dass große Unternehmen, die nicht in Diversity Management investieren, vor die Hunde gingen. Sie seien einfach nicht mehr relevant. Das passiere Städten und Kommunen ähnlich. Kommunen hinkten bei dem Thema unglaublich hinterher. Die Stadt Köln lebe davon, dass Menschen dazu kommen und dass sich Firmen ansiedeln. Es gebe Kommunen, die mit mehr Energie dabei seien. Hier gehe es auch um das Überleben der Stadt Köln.

Beigeordneter Herr Dr. Rau bestätigt, dass dieser Appell in der Verwaltung und der Politik angekommen sei.

Die StadtAG LST nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

6 Sachstandsberichte und Mitteilungen

6.1 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht Controlling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen 0224/2018

Die StadtAG LST nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

6.2 Arbeitsgruppe "Polizei" - vertagt vom 22.03.2018

Mit Beschluss der Stadt AG LST wird TOP 6.2 zusammen mit TOP 8.2 behandelt.

6.3 Integrationsbudget 2018 - vertagt vom 22.03.2018 - hier: mündlicher Sachstandsbericht

Frau Rehberg bezieht sich auf die Anfrage aus der letzten Sitzung, bei der es um die Frage ging, wie das Integrationsbudget zustande gekommen sei. Sie erläutert – auch mit Blick auf den gerade entstehenden LSBTI Aktionsplan, dass das Integrationsbudget derzeit rund einer Millionen Euro liege. Sie habe den Maßnahmenkatalog mitgebracht. Hierrüber habe sie 2013 schon mal berichtet. Hier seien auf ca. 20 Seiten Maßnahmen im Rahmen eines großen Bürgerbeteiligungsverfahrens festgelegt worden. Diese Maßnahmen, mit und ohne Kosten, seien von der Verwaltung priorisiert worden. Es habe zwei Jahre gebraucht, zehn Maßnahmen mit Geld zu hinterlegen und umzusetzen. Alle Maßnahmen, die Geld kosten, müssten mit einer eigenen Vorlage durch die Verwaltung und die Politik. Dieses Vorgehen sei bei allen Aktionsplä-

nen erforderlich. Für jede Maßnahme sei eine politische Entscheidung erforderlich gewesen. Im nächsten Sozialausschuss werde es ein Controlling zu den Maßnahmen, die durch das Integrationsbudget finanziert werden, geben.

Die StadtAG LST nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

6.4 Aktionsplan LSBTI - vertagt vom 22.03.2018 - hier: mündlicher Sachstandsbericht

Frau Bonnemann berichtet, dass die Erstellung des Aktionsplans weiter fortschreite, der Zeitplan sich krankheitsbedingt jedoch verzögert habe. Die Rückkopplung der Handlungsfelder 1-7 in die Community sei abgeschlossen. Entsprechend werde die Phase der Rückkopplung dieser Handlungsfelder in die Verwaltung in den nächsten Wochen beginnen. Die Rückkopplung der Handlungsfelder 8-10 in die Community stehe noch aus.

Die StadtAG LST nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

6.5 Städtische Förderung des Homochrom Filmfestivals hier: mündlicher Sachstandsbericht

Beigeordneter Herr Dr. Rau berichtet, dass das Kulturamt der Stadt Köln das Filmfestival homochrom in der Vergangenheit wie folgt gefördert habe:

- Förderung 2017: 5.000 €
- Förderung 2016: 2.000 €
- Förderung 2015: 2.500 €

Zusätzlich konnten für die Festivalausgabe 2017 vergünstigte Werbeflächen bereitgestellt werden. Für 2018 sei vom Veranstalter eine Förderung in Höhe von 20.000 € beantragt worden. Das Kulturamt habe 10.000 € per Absichtserklärung in Aussicht gestellt. In einem persönlichen Termin mit Herrn Wolkner sei verabredet worden, dass eine Bewilligung durch das Kulturamt umgehend erfolgen könne, sobald Herr Wolkner erkläre, dass er das Festival „homochrom“ in 2018 auch durchführen werde. Herr Wolkner wollte hierzu Gespräche mit den weiteren durch ihn angefragten Förderern führen. Eine Rückmeldung an 41 stehe noch aus. Sobald die Stadt Köln erfahre, dass das Filmfestival „homochrom“ im Jahr 2018 stattfinden solle und alle nötigen Unterlagen vorlägen, könne innerhalb sehr kurzer Zeit eine Bewilligung und Auszahlung der 10.000 € erfolgen.

Die StadtAG LST nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

7 Berichte aus Ausschüssen

Frau Sänger berichtet aus dem Gesundheitsausschuss, dass für den Kalkberg erneut Mittel aus dem Haushalt zur Sicherung des Berges zur Verfügung gestellt worden seien. Frau Sänger könne nicht nachvollziehen, warum es bei solchen Maßnahmen immer wieder lange Diskussionen über gemachten Fehler gäbe. Ihr Wunsch an die Politik und die Verwaltung sei es, dass zukünftig im Vorfeld ein besseres Risikomanagement betrieben werde um unnötige Fehler und damit verbundene Kosten zu vermeiden.

Beigeordneter Herr Dr. Rau gibt Frau Sänger grundsätzlich Recht, weiß aber zu berichten, dass am Kalkberg durch Chemikalien im Baugrund eine Grundwassergefährdung bestehen würde. Hier sei zwingendes Handeln erforderlich, da Gefahr im Verzug sei.

8 Anträge/Beschlüsse/Beschlussempfehlungen

8.1 Tausch der Funktionen des Vertreters und Stellvertreters im Jugendhilfeausschuss

Beigeordneter Herr Dr. Rau bittet die Mitglieder der StadtAG über den vorliegenden Antrag abzustimmen.

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender (Stadt AG LST) empfiehlt dem Rat der Stadt Köln folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt folgenden sachkundigen Einwohner sowie dessen Stellvertreter in den Jugendhilfeausschuss in der Funktion neu festzusetzen.

Die Entsendung sachkundiger Einwohner erfolgt gem. § 23a Abs. 3 Hauptsatzung der Stadt Köln.

Ausschuss	Sachkundige/r Einwohner/in	Vertreter/in
Jugendhilfeausschuss (bisher)	Thomas Haas Jugendzentrum anyway	Jürgen Piger Jugendzentrum anyway
Jugendhilfeausschuss (NEU)	Jürgen Piger Jugendzentrum anyway	Thomas Haas Jugendzentrum anyway

Begründung: Aus persönlichen Gründen möchte der Herr Haas als sachkundiger Einwohner und Herr Piger als Stellvertreter im Jugendhilfeausschuss die bisherige Funktion tauschen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8.2 Durchführung einer Kampagne zur Erhöhung der Anzeigenbereitschaft LST

Frau Stordiau stellt in einer Präsentation eine Projektidee zur Durchführung einer Kampagne zur Erhöhung der Anzeigenbereitschaft bei LST vor.

Anschließend stimmen die Mitglieder der StadtAG LST über den vorliegenden Antrag ab.

Beschluss:

Die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender (Stadt-AG LST) fassen folgenden Beschluss:

Zur Umsetzung der o.g. Kampagne („Erhöhung der Anzeigenbereitschaft von Lesben, Schwulen und Trans*-Personen“) wird die Geschäftsführung der StadtAG LST folgende notwendige Aspekte prüfen und klären:

- Zustimmung der Kölner Polizei zur gemeinsamen Kampagne und zur Verwendung des Logos auf der Homepage und den Materialien.

- Zustimmung der Stadt Köln zur gemeinsamen Kampagne und zur Verwendung des Logos auf der Homepage und den Materialien.
- Klärung der Finanzierung aus Mitteln der Stadt Köln und sofern möglich aus entsprechenden Landesmitteln

Die stimmberechtigten Mitglieder der StadtAG sichern zu, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten an der Umsetzung zu beteiligen und dafür zu werben.

Sofern alle Voraussetzungen vorliegen, soll die Kampagne mit Zeit- und Kostenplan dem Ausschuss für Soziales und Senioren zur Genehmigung vorgelegt werden.

Für eine Realisierung wurde das Jahr 2019 ebenso realistisch gesehen, wie eine Verbindung mit dem Kölner Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie.

Begründung:

Auf Beschluss der stimmberechtigten Mitglieder der Stadt AG LST wurde bereits 2017 eine Unterarbeitsgruppe Polizei gegründet, die sich mit Themen auseinandersetzen sollte, die vorher durch die stimmberechtigten Mitglieder festgelegt wurden.

In der Unterarbeitsgruppe waren neben Vertreter_innen der Stadt AG auch die Vertreter_innen der Kölner Polizei, Silke Frank und Andreas Eckart vom Leitungsstab der Kölner Polizei beteiligt, sowie krankheitsbedingt nur zeitweise, Susanne Bonnemann, Dienststelle Diversity der Stadt Köln und Sefik_a Gümüs, Landeskoordination Anti-Gewalt-Arbeit für Lesben, Schwule und Trans* in NRW.

Als wichtiges Thema wurde festgelegt: „Erhöhung der Anzeigenbereitschaft von Lesben, Schwulen und Trans*-Personen.“ Hierzu wurde ein Kampagnen-Entwurf erarbeitet, der in der Sitzung der Stadt AG am 05.06.2018 vorgestellt werden soll und auf den sich der Antragsentwurf bezieht.

Im Diskussionsprozess wurden verschiedene Voraussetzungen erörtert und festgehalten, die geeignet erscheinen, tatsächlich eine höhere Bereitschaft von Lesben, Schwulen und Trans*-Personen in der Kölner Community zu erreichen, tatsächlich Strafanzeige zu erstatten, sofern sie Opfer oder Zeugin/Zeuge einer entsprechenden Straftat werden:

- Statt eines einzelnen Faltblatts oder Informationsflyers wird die Notwendigkeit einer mit den Beteiligten abgestimmten Kampagne gesehen.
- Um Vertrauen in eine solche Kampagne und in der Folge eine tatsächliche Erhöhung der Anzeigenbereitschaft zu erreichen, sollte deutlich werden, dass die folgenden Akteure diese Kampagne tragen:
 - Die Stadt Köln
 - Die Polizei Köln
 - Die organisierten Community-Strukturen und Beratungsstellen
- Bestandteil der Kampagne sollen sein:
 - Ein Flyer gemäß Entwurf
 - Ein Plakat und eine Visitenkarte gemäß Entwurf
 - Eine Homepage für die Kampagne, die auch die unterschiedlichen Angebote und Unterstützungsmöglichkeiten der beteiligten Strukturen darstellt (siehe Entwurfsvorschlag)

Die stimmberechtigten Mitglieder halten die vorgestellte Kampagne für geeignet, die gewünschte Erhöhung der Anzeigebereitschaft von LSBTI* zu erreichen, wenn diese Opfer oder Zeugin/Zeuge von Straftaten wurden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9 Neue Anfragen

Frau Friese bittet um Informationen zum Thema geschlechterneutrale Formulare und den Umgang mit Trans*-Personen beim Standesamt.

Beigeordneter Herr Dr. Rau bittet alle Anfragen in schriftlicher Form Frau Bonnemann zukommen zu lassen, damit diese dann zur Bearbeitung weitergeleitet werden können.

10 Öffentlichkeitsarbeit

10.1 Rainbow Cities Ausstellung 2018: Thema Transgender

Beigeordneter Herr Dr. Rau verweist auf den zur Verfügung gestellten Link zur Rainbow Cities 2018.

<https://www.facebook.com/wiener.antidiskriminierungsstelle>

11 Themen der nächsten Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

12 Verschiedenes

Beigeordneter Herr Dr. Harald Rau bedankt sich für die Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Gez. Beigeordneter Dr Harald Rau

Vorsitzender

Gez. Susanne Bonnemann

Schriftführerin